

Denkwerkstatt „Klima & Umwelt“

3.3. Der Klimawandel ist evident

Der Klimawandel ist evident

Der Klimawandel ist eine unleugbare Realität, mit der wir uns als Menschheit und vor allem als Sozialdemokrat*innen auseinandersetzen müssen.

Die Frage der Erderwärmung wird von der Wissenschaft seit fast 200 Jahren intensiv bearbeitet. Am Beginn, 1824, stand die modellhafte Beschreibung des Treibhauseffekts durch Joseph Fourier. Der Nachweis des CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre gelang 1958 dem US-Chemiker Charles D. Keeling auf Hawaii. Schlussendlich veröffentlichte Daniel Feldman 2015 Messergebnisse, die den direkten Einfluss von CO₂ auf den Treibhauseffekt in der realen Atmosphäre beweisen (vgl. Feldman, Collins, Gero 2015).

Der Klimawandel – oder besser gesagt die stetige Erwärmung des Klimas – ist evident. Ebenso messbar und evident ist, dass dieses Phänomen seit Beginn der Industrialisierung, und somit seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, eingesetzt hat. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Klimaerwärmung wesentlich durch die Erhöhung der CO₂ Konzentration und anderer Gase, die durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in die Erdatmosphäre gelangen, induziert ist. Mit dem Kyoto Protokoll aus dem Jahr 1997 kam die Klimakrise erstmals auf die globale politische Agenda.

Der Pariser Klimavertrag aus dem Jahr 2015 sollte die endgültige Lösung bringen. Seither sind sieben Jahre und ein paar dazwischenliegende Klimakonferenzen verstrichen. Die globale Akkumulation von Treibhausgasen wurde allerdings bisher weder verringert, noch gestoppt. Man kommt – gesamtgesellschaftlich betrachtet – bei der Klimafrage einfach nicht ins Tun. Es besteht jedoch akuter Handlungsbedarf, weltweit, in Österreich und natürlich auch in Kärnten.

Denn: Setzt sich die anthropogene Erderhitzung fort und wird die Schwelle zur Hitzezeit überschritten, verliert die Menschheit möglicherweise ihr Habitat (vgl. Steffen, Rockström, Richardson 2018).

Das darf nicht geschehen!

Rasches und effizientes Handeln ist unbedingt erforderlich

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich der Alpenraum in Zukunft noch stärker erwärmen wird, als das globale Mittel. Als Folge dieser Erwärmung sind eine Zunahme von Trockenphasen und Hitzewellen zu erwarten, unter welchen wir Menschen, Tiere und die Vegetation gleichermaßen zu leiden haben werden. Die Waldbrandgefahr wird zunehmen, ebenso werden wetterbedingte Extremereignisse wie Starkniederschläge und Stürme, häufiger auftreten. Infolge dessen wird es vermehrt zu Murenabgängen und Steinschlägen kommen. (vgl. Umweltbundesamt: Klimaschutzbericht 2021, Seite 5)

„Ökonomische Folgen des Klimawandels betreffen alle Sektoren, u. a. den Tourismus, die Land-, Forst- und Energiewirtschaft und das Gesundheitswesen. Darüber hinaus wird der Migrationsdruck in zahlreichen Regionen der Erde, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind, deutlich zunehmen, da viele der betroffenen Länder zudem über eine begrenzte Anpassungskapazität verfügen.“ (Umweltbundesamt: Klimaschutzbericht 2021, Seite 5)

Außer Zweifels stehen inzwischen zwei Strategiewege, um die Wirkungen der Klimaerwärmung abzufedern bzw. gesellschaftlich in möglichst verträgliche Bahnen zu lenken:

1. Anpassung unseres Lebens- und Wirtschaftsstils an den bereits stattfindenden Klimawandel und
2. Verringerung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen und somit Reduktion der Verbrennung von fossilen Brennstoffen.

Es ist eine kollektive Notwendigkeit, sich aktiv und umfassend an die Gegebenheiten des Klimawandels anzupassen, sowie das Freisetzen von Treibhausgasen rasch und vollständig hintanzuhalten. Nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus ökonomischer Perspektive ist rasches und vor allem effektives Handeln erforderlich. Denn sollten in Österreich die Treibhausgas-Reduktionsziele bis 2030 nicht erreicht werden, müssen Emissionszertifikate von anderen Mitgliedstaaten zugekauft werden. Die Kosten dafür werden zwischen dem Bund und den Bundesländern im Verhältnis 80:20 (bzw. 60:40) unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsschlüssels aufgeteilt. Für Kärnten drohen in diesem Fall Kosten von über 100 Millionen Euro allein bis ins Jahr 2030 (Berechnung auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen in Österreich und Kärnten lt. Klimaschutzgesetz nach Bevölkerungsschlüssel). Diese Kosten dürften sich jedoch aufgrund der erhöhten Zielsetzungen (-55% EU-Ziel und -48% Lastenteilung für Österreich) und der steigenden Zertifikatspreise noch weiter erhöhen.

Außerdem belaufen sich die wetter- und klimawandelbedingten Schäden in Österreich bereits heute auf zumindest 2 Milliarden (!) Euro im Jahresdurchschnitt (vgl. Umweltbundesamt: Klimaschutzbericht 2021: 28). Auch hier lautet die Prognose, dass die Schäden weiter steigen werden, wenn es uns nicht gelingt, die Emissionen radikal zu vermindern.

Die Technologien und Techniken, die dazu benötigt werden den Klimawandel zu stoppen, sind erprobt und im Einsatz (Photovoltaik, Windräder, innovative Gebäude, E-Mobilität, Biolandwirtschaft, Recycling, Energiespa-

ren, etc.); noch mangelt es aber an einer gesellschaftlichen Übereinkunft sowie an einer politischen Gesamtstrategie, für die wir hier in diesem Antrag einen ausbaufähigen Vorschlag liefern.

Klima- und Umweltpolitik in Kärnten

Wir in Kärnten sind nicht „die Menschheit dieser Erde“, aber wir wollen dort, wo wir leben und gesellschaftliche Verantwortung haben, ins Tun kommen und damit jene Klimaschutzmöglichkeiten proaktiv in Angriff nehmen, die wir in Kärnten erkennen und aktiv umsetzen können.

Indem wir an einer politischen Gesamtstrategie für Umwelt- und Klimafragen arbeiten und diese in Umsetzung bringen, können wir auch Anderen ein Vorbild sein.

Dass Veränderung in die richtige Richtung möglich ist, wird auch in Kärnten deutlich:

- Jede Kärntnerin und jeder Kärntner kann ruhigen Gewissens die Steckdose benutzen: unser Strom kommt vollständig aus erneuerbaren Energiequellen.
- Dank unserer engagierten Gemeinden¹ können wir mehr und mehr Ölkessel in die verdiente Pension entlassen und unseren Spitzenplatz bei den erneuerbaren Energieträgern ausbauen.²
- Der geplanten Obsoleszenz versuchen wir in Kärnten durch den Reparaturbonus aktiv entgegen zu wirken.
- Im Naturschutz-Bereich gibt es zahlreiche gut dotierte Projekte, um Biodiversität umfangreich zu schützen und zu fördern.
- Und ein systemischer Blick auf Technologien ermöglicht Prioritäten zu formulieren, die bestehende Technologie, Brückentechnologie und Neue Technologie in ein stimmiges Gesamtkonzept setzen. Damit unterstützen wir unsere Industrie beim Umstieg in eine enkelverantwortliche Zukunft.

Jeder dieser Fortschritte wurde durch die geschickte wie weitsichtige Förderungspolitik des Landes vollbracht und kann mit Zahlen belegt werden. Doch was zeichnet eine sozialdemokratische Klima- und Umweltpolitik aus? Wo ist der rote Faden, der jeden einzelnen Schritt zu einem Bild der Zukunft verbindet und was ist das übergeordnete höhere Ziel, das anders ist, als das aller Anderen? Wir haben dazu eine Idee.

Was tun? Ein Vorschlag

Wir alle können und sollen in Klima- und Umweltfragen Verantwortung übernehmen. Signifikante – und gleichzeitig sozial verträgliche – Veränderungen können wir aber nur in Zusammenarbeit mit einem starken Sozialstaat, der einer klaren klimasozialen Agenda folgt, herbeiführen, denn: Der Staat verfügt über die notwendige Hebelwirkung, die dem Individuum fehlt. Das Abwälzen von Klimaverantwortung auf das Individuum, während Konzerne aus der Klimaanpassung Profit schlagen, ist Neoliberalismus nach dem Muster, Gewinne privatisieren, Verluste vergesellschaften.³ Dem gilt es standhaft entgegen zu treten.

Unser vorrangiges Ziel muss es sein, den Klimawandel zu stoppen. Maßnahmen, die diesem Ziel dienlich sind, müssen über dem Umweltschutz stehen. Denn nur wenn es uns gelingt, den Temperaturanstieg zu reduzieren, können wir Natur und Umwelt schützen. Klimaschutz = Umweltschutz.

Wir verlangen daher wirkungsvolle Regulative zum Schutz der Bevölkerung, der Umwelt und der Natur. Und zwar technische Regulative und wirtschaftlichen Regulative. Und wir verlangen einen optimistischen Blick auf die Zukunft, der uns den Mut verleiht, gerade auch in schwierigen Zeiten umzusetzen, was enkelverantwortlich, demokratisch, sozial und gerecht ist.

Schaffen wir die Grundlage, dass wir dem Klimawandel gemeinsam begegnen können, an einem Strang ziehend, mit vereinten Kräften! Machen wir die Sozialdemokratie zur Verkörperung der Hoffnung auf eine bessere Zukunft!

Es ist an der Zeit, dem, was wir Kärntner*innen als enkelverantwortlich, demokratisch, sozial und gerecht praktizieren, Kontur zu geben, als dass andere unserem mutigen Weg folgen mögen. Im Einklang mit der Kampagne „SorgenFREI Leben in Kärnten – Wir kümmern uns darum“⁴ verfolgen wir mit unserem Vorschlag zwei Ziele: Unser primäres Ziel ist der fortwährende Schutz der Bevölkerung vor den negativen Folgen des Klimawandels. Unser sekundäres Ziel ist die Gestaltung der Klimaanpassung hin in eine bessere Zukunft.

Mit einem fortwährenden Schutzversprechen vor allen absehbaren negativen Folgen des Klimawandels – wirtschaftliche wie ökologische – Hand in Hand mit einem Bekenntnis zu einer besseren Zukunft, sprechen wir die Kärntnerin, sprechen wir den Kärntner persönlich an und nehmen ihr/ihm die Angst vor der Zukunft. Mit dem Schutzgedanken erreichen wir die Köpfe der Wähler*innen. Mit unserem positiven Zukunftsentwurf erreichen wir ihre Herzen.

Dem Parteivorstand empfehlen wir daher folgenden Aktionsplan ins Arbeitsprogramm der SPÖ Kärnten aufzunehmen, der als Basis für eine weitere Erarbeitung konkreter Schritte herangezogen werden kann:

Klimaaktionsplan für Kärnten: Strategischer Aufbau und operative Maßnahmen

1. Fortwährende Bestandsaufnahme der klimabedingten Folgewirkungen und Zukunftschancen

1) derzeit beteiligen sich 85 Gemeinden am Programm „Ölkesselfreie Gemeinde“. 2) derzeit bei ca. 60 Prozent bei einem österreichischen Durchschnittsanteil von ca. 40 Prozent. 3) vgl. KAISER, P. (2021): Ein neues Jahr, ein neues Glück!“, Online abrufbar unter: <https://kaiser-peter.at/ein-neues-jahr-ein-neues-glueck-so-lautet-ein-beliebter-spruch-zu-jahresanfang/> [Stand: 11.03.2022]. 4) Online abrufbar unter: <https://kaernten.spoe.at/post/sorgenfrei-leben-in-kaernten-wir-kuemmern-uns-darum> [Stand: 03.04.2022].

Laufende Bestandsaufnahme durch die wissenschaftlich fundierten Aussagen der Klimastrategie-Gruppe (Kromp-Kolb, Steininger usw.); regelmäßige Anpassung an die daraus gewonnenen neuen Erkenntnisse; Klimastrategie, Klimaagenda des Landes Kärnten, Energiemasterplan, Mobilitäts-masterplan, Biodiversitätsstrategie des Landes müssen auf Basis dieser Erkenntnisse laufend adaptiert und verknüpft werden.

2. Entwicklung einer Klimaschutz-Strategie für Kärnten nach Prioritäten
 - a. Schutz der Menschen, ihrer Siedlungen und Infrastrukturen
 - b. Schutz der kritischen Infrastruktur
 - c. Schutz von Natur und Umwelt
 - d. Enkelverantwortlichkeit in alle Lebens- und Wirtschaftsbereichen
 - e. Positive Zukunftsperspektiven und Chancen der Klimaanpassung
3. Operative Maßnahmen als Klimaaktionsplan des Landes Kärnten*
 - a. Prioritätenplan zum Schutz der Menschen in unserem Bundesland
 - b. Prioritätenplan zur Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur wie Sicherheit, Wasser, Ernährung, Strom, Kommunikation, Gesundheit etc.
 - c. Planung und Sicherstellung der Versorgungssicherung für die Bevölkerung im Klima-Katastrophenfall
 - d. durch Schaffung einer gesetzlichen, verfassten Grundlage für die inländische Nahrungsmittelproduktion und Verteilung (Ernährungsstand- Absicherung von Bäuerinnen und Bauern, Gärtner*innen, Lebensmittelhandel etc., in etwa wie in der Schweiz)
 - e. Forcierung der nachhaltigen Stromproduktion (Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und Ausbau erneuerbarer Energien: PV-Prioritätenplan (zuerst alle geeigneten Dach- und Fassadenflächen, bereits bebaute oder versiegelte Flächen, bereits als PV-Grünland gewidmete Flächen und dann, sofern notwendig, in weiterer Folge auch auf Freiflächen), Nutzung von Windkraft (wie bereits im Energiemasterplan festgelegt)
 - f. Prioritätenplan zum Schutz von Natur und Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der Reduktion des Bodenverbrauchs auf unbedingt notwendige Projekte
 - g. Evaluierung und Ausarbeitung von neuen, positiven Lebens- und Wirtschaftsperspektiven zur sozial verträglichen und enkelverantwortliche Bewältigung des Klimawandels
 - h. Klimaschutz kennt keine Grenzen! Gemeinsames Vorgehen im Alpen Adria-Raum, grenzüberschreitende Zusammenarbeit forcieren
4. Zur Realisierung des Klimaaktionsplans Kärnten ist der Aufbau einer Leitungs-, Planungs-, Evaluierungs-, und Koordinationsstruktur auf Regierungsebene für Klimaschutz, Zivil- und Katastrophenschutz für das gesamte Bundesland Kärnten vorzusehen.
 - a. Die neu zu schaffende Struktur auf Ebene der Landesregierung ist als selbständige, hoheitliche Einsatzorganisation fachlich, technisch und personell auszustatten und als zivile Klimaschutz-Bereitschaftseinheit zusätzlich aus unter b. angeführten Teilen in Einsatzbereitschaft und Funktion zu setzen.
 - b. Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden, Exekutive, Bundesheer, Zivilschutzorgane und Blaulichtorganisationen sind aufgabenbezogen in die neue Struktur für den Klimaaktionsplan Kärnten einzubinden und zu koordinieren.
 - c. Die Einbindung von Wissenschaftseinrichtungen wie Universität und Fachhochschulen, zivilen Versorgungsstrukturen wie Lagerhäuser, Speditionen und Kommunikationseinrichtungen, etc. sowie die Zusammenarbeit mit allen relevanten Stakeholdern (wie beispielsweise Energieversorgungsunternehmen) in Planung, Evaluierung und Durchführung von Präventions- und Schutzmaßnahmen ist zur Erreichung der Krisenbewältigungsziele erforderlich und vorab politisch und verwaltungstechnisch durch die neue Struktur auf Landesebene sicher zu stellen. Das Primat der Politik ist hierbei stets zu wahren.

*Regionale und kommunale Maßnahmen sind nur innerhalb der übergeordneten Strategie zum Klimaaktionsplan des Landes sinnvoll und ergeben regional und kommunal wirksame Klimaschutzmaßnahmen. Die Prioritäten gelten für die Umsetzung der Strategie als operative Maßnahme nach wirtschaftlichen Möglichkeiten, der Region oder des Bezirkes oder des gesamten Bundeslandes.

ANTRAG:

angenommen (unverändert/verändert)

abgelehnt

Zuweisung an den Landespartei Vorstand

Weiterleitung an den Bundesparteitag